

# Hochzeit für Geldverbesserer? – Eine Replik auf Thomas Fricke

Beate Bocking

*Im Auftrag des grünen EU-Parlamentariers Sven Giegold hat der frühere Chefökonom der Financial Times Deutschland eine „Kurzstudie“ zu alternativen Geldreform-Ideen, unter anderem auch zum Freigeld, verfasst.<sup>[1]</sup> Hier die Antwort der INWO Deutschland.*

Als Redakteur und Kolumnist beim *Berliner Tagesspiegel*, der *WirtschaftsWoche* und dem *Manager Magazin*, dann als langjähriger Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, später auch der anderen Wirtschaftsmedien von Gruner & Jahr, wie *Capital*, *Börse Online* und *Impulse*, verfügt Thomas Fricke über viel Erfahrung im Wirtschaftsjournalismus.

Angesichts seiner oberflächlichen Darstellungen alternativer Geldreformideen in dieser „Studie“ belegt er aber leider exemplarisch die diesbezügliche Scheuklappenmentalität der Wirtschaftsjournalisten, die sich erst durch den offenen Ausbruch der Finanzkrisen hier und da zu ändern scheint. Immerhin ist es positiv zu bewerten, dass Fricke den Auftrag von Giegold angenommen hat. Soll die Studie doch *„einen ersten Beitrag leisten, jene Lücke zu schließen, die dadurch entstanden ist, dass sich die etablierte Wirtschaftswissenschaft und Praktikerszene der Notenbanker und Regierenden bis vor Kurzem so gut wie gar nicht mit den Vorschlägen für eine neue Geldordnung beschäftigt hat.“*

Es ist tatsächlich ein großes Manko, dass Ökonomen gleichermaßen wie Wirtschaftsjournalisten und Politiker oft viel zu wenig über die Funktionsweisen

des Geldsystems wissen und Monetärökonomie bislang ein eher stiefmütterliches Dasein fristete. Das muss sich dringend ändern.

Und die Praktikerszene der (Noten-)Banker? Sie stecken vielleicht viel zu sehr in ihrem eigenen Hamsterrad, gerade in Krisenzeiten. In einem Essay des *Economist* vom 12. April wird ausgeführt, dass das heutige Geld- und Finanzsystem durch vergangene Krisen geformt wurde. Wir leben offenbar mit einem mehr schlecht als recht funktionierendem Produkt aus Notlösungen in Krisenzeiten.

## Geld als Infrastruktur der Freiheit



Höchste Zeit also, dieses System einer grundlegenden Betrachtung zu unterziehen, auch unter staatsrechtlichen, ordnungspolitischen Gesichtspunkten,

<sup>1</sup> Frickes Kurzstudie findet sich hier: <http://www.sven-giegold.de/2014/kurzstudie-hochzeit-fuer-geldverbesserer/>

wie Prof. Dr. Birger Priddat dies auf dem Geldgipfel der *GLS Bank Stiftung* gefordert hat. Staaten sollten demnach „Freiheitsmanagement“ betreiben und ihre Steuern der „Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Freiheit“ dienen. Auch der Zahlungsverkehr gehört zu dieser Infrastruktur. Von daher stellt sich die Frage, ob nicht das Bankensystem wie auch das Geld an sich als öffentliches Gut betrachtet werden müssen. Die Lösungsvorschläge der INWO, der heute größten freiwirtschaftlichen Organisation, verfolgen genau diesen Ansatz.

Ziel von Fricke's Expertise sei es, „einzuordnen und einzuschätzen, inwieweit solche neuen Geldordnungen geeignet sind, Krisen des Finanzsystems im weiteren Sinne zu beheben und so für eine tragfähigere Wirtschaftsentwicklung zu sorgen.“ Zunächst fragt der Autor: Wie weit geht der Konsens in der Diagnose? – Ohne offenbar die Diagnosen der einzelnen Alternativbewegungen zu kennen, nennt er hier lediglich die exzessiv ausgeweitete Kreditvergabe und die Entkopplung der Finanzbranche, mit ihren „Boom-Bust-Dramen“, von der Realwirtschaft.

Den Anhängern der Freiwirtschaftslehre unterstellt er dann pauschal, dass für sie „ein Krisengrundübel per se in der Verzinsung von Geld“ liege. Es ist allerdings falsch, wenn so getan wird, als wollten wir die Zinsen komplett abschaffen. Wir streiten ihre Rolle bei der Allokation von Finanzmitteln oder im Einsatz gegen Konjunkturüberhitzung gar nicht ab, wie Fricke weiter unten im Text anzunehmen scheint, obwohl denkbar durchaus auch andere Mechanismen diese Zwecke erfüllen könnten.

**Differenzierte Betrachtung von Zinsen**

Zins ist nicht gleich Zins. So sind beispielsweise die verschiedenen Notenbankzinsen, die ihrerseits verschiedene Funktionen haben, von den Guthaben- und Kreditzinsen der Geschäftsbanken zu unterscheiden. Die Freiwirtschaft differenziert bei letzteren Zinsen zwischen verschiedenen Anteilen und problematisiert lediglich den von Silvio Gesell als „*Urzins*“ bezeichneten Anteil, der auf dem „*Jokervorteil*“ (Dieter Suhr) des Geldes beruht, das gegen alle anderen Waren und Dienstleistungen getauscht werden kann, ohne selbst wie

diese einem Wertverlust zu unterliegen. Dieser „*Urzins*“ muss dem Geldbesitzer gezahlt werden, damit er bereit ist, auf den Jokervorteil zu verzichten und sein überschüssiges Geld auszuleihen. John Maynard Keynes hat die Bedeutung der Liquiditätsvorliebe ebenfalls erkannt und passenderweise von einer „*Liquiditätsprämie*“ gesprochen, die der Kreditnehmer an den Kreditgeber, also den Anleger, für die Aufgabe der Liquidität zu zahlen hat. Dies gilt im Übrigen auch für die Geldmarktzinsen.

An der Legitimität dieser Liquiditätsprämie, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, muss tatsächlich gezweifelt werden. Sie stellt nicht allein eine leistungslose Einnahme und daher missbräuchliche Verwendung des öffentlichen Gutes dar, sondern sie beeinträchtigt auch das Funktionieren unseres Geld- und damit auch des gesamten Wirtschaftssystems.

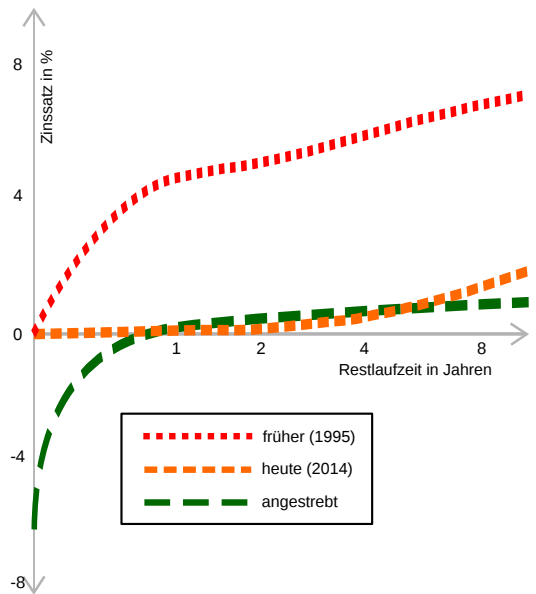
Dass Fricke allerdings der Freiwirtschaft die Argumentation unterstellt: „*Zum anderen animiere die Verzinsung dazu, Geld zu horten, statt es auszugeben*“, ist eine völlige Verdrehung – sind überhöhte Zinsen doch, wie oben beschrieben, das Zuckerbrot, mit dem das Geld aus den Horten herausgelockt wird. Unter „*Horten*“ ist dabei heute nicht nur das Horten von Bargeld zu verstehen, sondern auch die Zunahme der Sichtguthaben. Da nicht mehr ausreichend Zuckerbrot geboten wird, ist in den vergangenen Jahren die Ausweitung liquider Geldhaltung zu beobachten gewesen, mit allen Schwierigkeiten, die dies für die Banken bedeutet.

**Steile Zinsstruktur**

Langfristige Anlagen stellen für die Banken eine viel besser kalkulierbare und daher risikofreiere Basis der Kreditvergabe dar, da ja auch die meisten Kredite eine lange Laufzeit haben. Da also gerade diese Anlagen benötigt werden, braucht es hierfür normalerweise Guthabenzinsen, die deutlich über den Haltekosten für Bargeld und Sichtguthaben liegen, damit die Anleger auch bereit sind, ihre Liquidität aufzugeben. Anders ausgedrückt: Die Zinsstruktur muss steil sein.

Positive Realzinsen führen jedoch zu leistungsloser Umverteilung und damit lang-

fristig zu ökonomischen Instabilitäten. Daher streben wir an, dass die langfristigen Zinsen möglichst nahe Null bleiben. Ermöglicht wird dies durch die von Fricke erwähnte Gebühr auf Geld bzw. auf die Zahlungsmittel. Sie sorgt am kurzfristigen Ende (!) für eine Verteuerung der Geldhaltekosten und somit für die nötige Spreizung der Zinsstruktur. Die Grafik zeigt, wie durch diese Neuerung anders als momentan eine ausreichend steile Zinsstruktur gewährleistet werden kann.

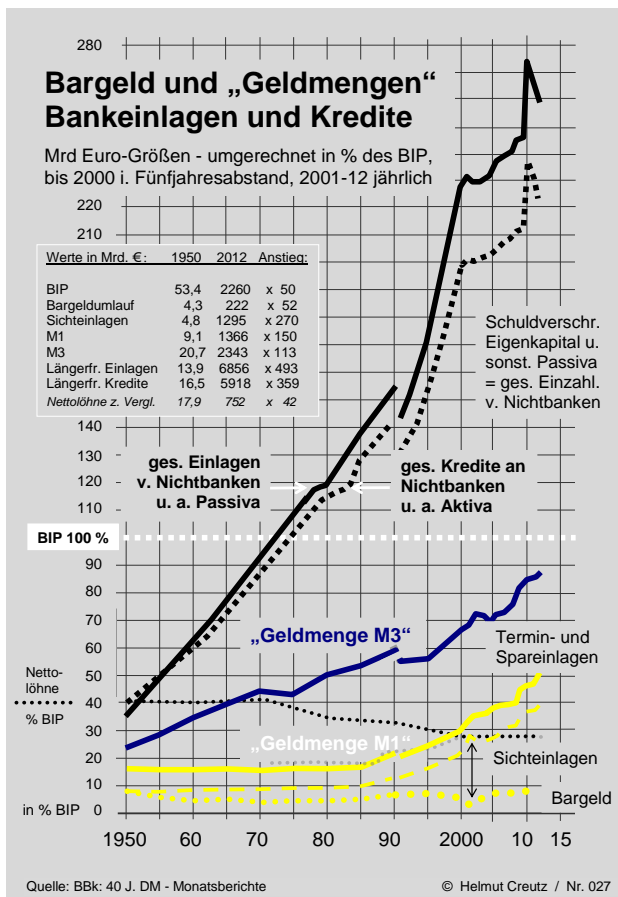


**Geldvermögen sind das Problem**

Wie problematisch das vor allem durch positive Guthabenzinsen bedingte Vermögenswachstum der vergangenen Jahrzehnte war, hat Helmut Creutz in einer seiner eindrücklichsten Grafiken zusammengefasst (Grafik Nr. 027, S. 35).

Er schreibt dazu: „*Wie aus der Grafik hervorgeht, sind die Einlagen- und Kreditgeschäfte der Banken von 1950 bis Ende 2012, von rund 40 Prozent auf 258 Prozent des BIP angestiegen und damit rund 6,5 mal mehr als die Wirtschaftsleistung! Diese erheblichen Zunahmen sind das Ergebnis ständig steigender Ersparnisbildungen, die wiederum vor allem – und ständig zunehmend! – aus den laufenden Zinsgutschriften resultieren. – So ging die Bundesbank bereits im Oktober 1993 davon aus, dass diese zinsbedingte ‚Selbstalimentation der Geldvermögensbildung‘ bei etwa 80 % der Neuersparnisbildungen gelegen hat!*

Addiert man diese Zinszahlungen der Banken an die Sparer von 1968 bis



Ende 2012 (frühere Werte liegen mir von der Bundesbank nicht vor!), dann kommt man in den 44 Jahren bis 2012 auf eine Gesamtsumme von 6.236 Milliarden Euro, ein Betrag, der fast mit den gesamten heutigen Bankeinlagen (6.856 Mrd.) identisch ist!

Vor allem aber ist bei diesen Zinsströmen zu beachten, dass sich diese ständig wachsenden Zinseinnahmen (die nur in den letzten zehn Jahren auf Grund der Zinssenkungen deutlicher zurückfielen) ständig zunehmend bei einer Minderheit von 10 % der Haushalte konzentrieren, während an den Zinszahlungen alle Haushalte mit derzeit etwa einem Drittel ihrer lfd. Ausgaben beteiligt sind! – Als Folge dieser zinsbedingten Einkommens-Umverteilungen ergibt sich für die Mehrheit aller Haushalte ein ständig zunehmender Verlust, mit entsprechenden sozialen Folgen!“

### Wachstum durch Geldhaltegebühr?

Oft wird geglaubt, dass die freiwirtschaftliche Geldhaltegebühr erst recht zu Wachstum führt. Auch Fricke fragt: „Sind die Befunde und Schlüsse aus der Freigeldlehre nicht logisch schwerlich miteinander vereinbar? Einerseits soll der Negativzins dazu führen, dass gehortetes Geld ausgegeben wird, was wirtschaftlichem Wachstum und einer (grundsätzlich) er-

höhten Beanspruchung von Ressourcen gleichkäme. Andererseits gilt genau dieses Wachstum als Übel, das (angeblich) durch den Zins erst verursacht wird.“

Unsere Reformen folgen der Logik, dass die vorhandene Geldmenge (entsprechende Anpassungen bei der technischen Abwicklung des Zahlungsverkehrs vorausgesetzt) stetig umläuft, wenn sie nicht mehr kostenfrei zeitweilig aus dem Verkehr gezogen werden kann. Zwar könnte sich nach Einführung der Geldhaltegebühr zunächst ein höheres Wachstum einstellen, auf mittlere Sicht sorgen unsere Vorschläge jedoch für eine Verstetigung der

Konjunktur, nicht für mehr Wachstum. – Während im alten System überhöhte Zinsen und Renditen eine Umverteilung bewirken, die einen Ausgleich durch neue Kredite bei den Verlierern nötig macht, spricht: Wachstum zwingend erfordert.

Fricke bezweifelt aber sogar, dass Zinsen überhaupt einen Wachstumszwang ausüben. Die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld (WANG) hat in ihrem Zwischenbericht „Wachstumszwänge in der Geldwirtschaft“ vom Mai 2012 ihre Forschungsergebnisse folgendermaßen zusammengefasst: „Unter den betrachteten Bedingungen ergibt sich mittelfristig eine Dominanz der exponentiellen monetären Wachstumszwänge, deren Wachstumsgeschwindigkeit von der Höhe der marginalen Konsumneigung und der Liquiditätsverzichtsprämie beeinflusst wird. (...) Durch ihren Nicht-Konsum löst die Gläubigerseite eine exponentielle Entwicklung der Schulden- und Vermögensbestände aus und initiiert somit einen monetären Wachstumszwang. Dabei hat es sich als qualitativ irrelevant herausgestellt, ob Einkommen in einer Spareinlage oder als Bar- bzw. Buchgeld in der Spekulationskasse gehalten werden. Jegliches Halten monetärer Vermögen führte im Modell zu einem Wachstumszwang.“<sup>[2]</sup>

2 Quelle: [http://geld-und-nachhaltigkeit.de/files/geld-und-nachhaltigkeit\\_de\\_wachstumszwange\\_in\\_der\\_geldwirtschaft\\_zusammenfassung.pdf](http://geld-und-nachhaltigkeit.de/files/geld-und-nachhaltigkeit_de_wachstumszwange_in_der_geldwirtschaft_zusammenfassung.pdf)

### Reform der Boden- und Ressourcenordnung

Hätte Thomas Fricke sich intensiver mit den freiwirtschaftlichen Ideen beschäftigt, wäre ihm auch bekannt, dass wir nicht nur eine Geldreform anstreben, sondern parallel eine Reform der Boden- und Ressourcenordnung. Effektiver Ressourcenschutz ist nämlich vor allem eine Frage eines funktionierenden Systems lenkender Steuern und Abgaben. Der bisherige Widerstand gegen wirkungsvolle Ökosteuern ist vor allem einem ungerechten Geldsystem geschuldet, in dem die Mehrheit trotz des Wunsches nach einer intakten Umwelt weiteren finanziellen Belastungen ablehnend gegenübersteht.

Fricke fragt weiterhin: „Gehören nicht zu jedem Kredit zwei Seiten? Sprich: Wenn es keine Kreditnachfrage gibt, wofür es eine Menge wirtschaftlicher Gründe geben kann, werden auch keine Kredite vergeben. Und dann gibt es auch kein Wachstum. Und dann tendieren mangels Kreditnachfrage auch die Zinsen gegen Null, so wie dies nach dem Crash 2007/08 der Fall war. (...) Wenn es einen Zwang zum Wachsen der Wirtschaft gäbe: warum gibt es dann Phasen, in denen die Kreditvergabe zum Erliegen kommt?“

Ist es nicht einleuchtend, dass in zunehmend gesättigten Volkswirtschaften und bei fehlenden Wachstumsaussichten die Kreditnachfrage zurückgeht? Ob der Kreditbedarf zurückgeht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die Banken haben ihre Kreditrichtlinien verschärft. Vielen, die Kreditbedarf hätten, geben die Banken kein Geld, da die Aussichten, dass sie Zins und Tilgung aufbringen können, zweifelhaft sind und entsprechende Sicherheiten fehlen.

### Mit Secular Stagnation umgehen

Der frühere US-Finanzminister Larry Summers hat in einer viel beachteten Rede den Finger auf den wunden Punkt gelegt. Er hat gesagt, dass wir uns nicht mehr auf weiteres Wachstum verlassen können, sondern Stagnation als „globales Problem der industrialisierten Welt“ begreifen müssen. Selbst mithilfe der Spekulationsblasen der letzten Jahre konnten die (systemisch) benötigten Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden. Er schlussfolgert daraus, dass

wir Schritte unternehmen müssen, „*deren Hauptziel es ist, dass es weniger Kreditgewährung, weniger Kreditaufnahmen und weniger Asset-Price-Inflation gibt als zuvor.*“ Dies würde unter anderem dadurch erreicht, dass die vorhandenen Zahlungsmittel mittels einer Gebühr stetig umlaufen und gerechter verteilt würden, statt wie bisher nur sich selbst alimentierende Vermögen aufzublähen.

Fricke gibt weiterhin zu bedenken: „*Wenn ein Investor umgekehrt ein lukratives Projekt im Auge hat, dann ist das Ziel ja in der Regel inhärent, damit auch einen Gewinn zu erwirtschaften – unabhängig vom Zins. Zum einen gilt hier: Zunächst müssen die Kapitalkosten erarbeitet werden, bevor ein Gewinn erwirtschaftet werden kann. Zum anderen zählt, was die Mathematikerin Alwine Schreiber-Martens schreibt: „[Das] Zinsniveau ist das Mindestmaß der Renditeforderung jeder Geldanlage und sogar jeder unternehmerischen Tätigkeit. Denn in der Realwirtschaft wird letztlich jede Rendite erarbeitet. Daher hat eine sinkende Renditeerwartung Konsequenzen für das gesamte Arbeitsleben. Wenn die Dominanz der (Geld-)Rendite als Ziel unternehmerischer Tätigkeit nachlässt, gewinnen andere Ziele und andere Arbeitsinhalte an Bedeutung. Dies stärkt insgesamt die Vielfalt unternehmerischen Handelns.“*“<sup>[3]</sup>

### Freiwirtschaft schon eingeführt?!

Eine wichtige Frage, die Fricke stellt: „*Werden Freigeld-Anhänger durch die aktuelle Krise nicht eher widerlegt als bestätigt?*“ Tatsächlich scheinen einige zu meinen, aktuell würden freiwirtschaftliche Vorschläge bereits realisiert und sich dabei gleichzeitig als falsch erweisen. So auch Fricke, wenn er schreibt: „*Sind wir nicht schon sehr nahe an der Abschaffung des Zinses? Gelten Niedrig- und Nullzinsen nicht heute eher als (eine mögliche) Ursache für Liquiditätsschwemmen und Spekulation? Animieren niedrige Zinsen nicht zur Suche nach möglichst gewagten Anlageformen, statt zu realen Ausgaben?*“ – Doch was er hier beschreibt, sind die Folgen eines bewusst niedrig gehaltenen Leitzinses, den man derzeit braucht, um einen Zusammenbruch des fragmentierten Bankensystems und der Wirtschaft zu verhindern. Fricke beschreibt ja selbst an anderer Stelle das

„*stark deflationäre*“ (in Wahrheit jedoch nur unter einer stark ungleichen Verteilung der Geldmittel leidende) Umfeld nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, dem mit der Liquiditätszufuhr durch die Notenbanken begegnet wurde und wird.

Dies sind die Folgen eines fehlerhaften Systems, das über Jahrzehnte exponentielles Vermögenswachstum zugelassen hat und nun die unberechenbaren Massen anlagesuchenden Kapitals, beschönigend „die Märkte“ genannt, nicht mehr im Zaum halten kann.

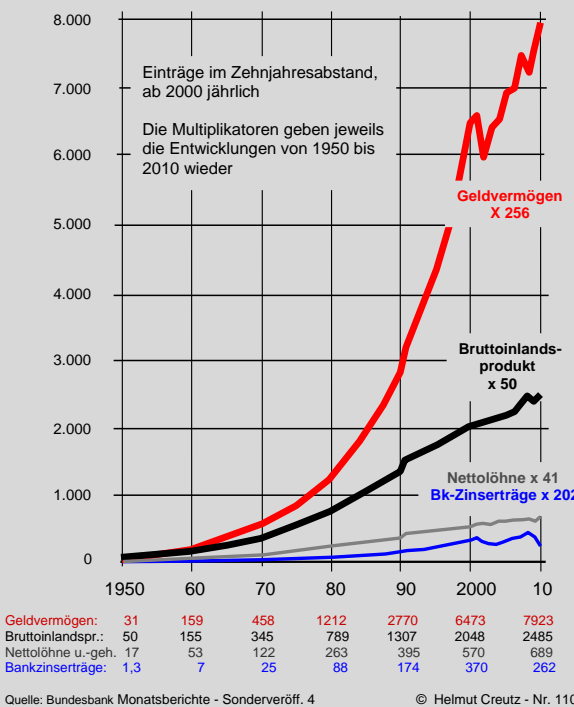
### Geldhaltegebühr ist bessere Finanztransaktionssteuer

Berechtigt ist daher Fricke Frage: „*Was würde sich am Hang zu manisch-depressiven Schwankungen der Finanzmärkte ändern, wenn es einen Negativzins gäbe?*“ Dazu wurde weiter oben schon bemerkt, dass unser Vorschlag auf eine Verstetigung des Geldumlaufs abzielt. Im Grunde kann man sagen, dass die Geldhaltegebühr ähnlich wie eine erweiterte Finanztransaktionssteuer wirken würde. Die Finanztransaktionssteuer soll der Spekulation entgegenwirken, indem beabsichtigte Arbitragegewinne bis zur Höhe der Steuer verunmöglicht werden. Das ist sehr sinnvoll. Die Steuer auf solche Spekulationsgewinne einzugrenzen, ist jedoch schwierig. Sie würde auch andere Geschäfte teurer machen. Insgesamt sinnvoller wäre es unserer Meinung nach daher, nicht die einzelnen Geschäfte zu besteuern, sondern die Spekulationskassenhaltung an sich. Spekulanten, die in großen Mengen liquides Geld für sich verfügbar halten, um auf die nächste Gewinnmitnahme zu warten, und dadurch das öffentliche Gut Geld für eigene Zwecke missbrauchen, wären nämlich die größten Verlierer der Geldhaltegebühr.

Somit setzt unser Vorschlag unter anderem genau da an, wo Fricke ein Manko der von ihm ebenfalls besprochenen Vollgeld-Idee ausmacht: „*Was hilft die schönste Geldmengenkontrolle, wenn die Geldnachfrage in der modernen Finanzwelt einfach sehr instabil ist? Dahinter steckt, dass es angesichts hoch entwickelter Finanzinstrumente und sekundenschnell realisierbarer Käufe und*

*Verkäufe an den Geld- und Finanzmärkten heutzutage stets auch kurzfristig motivierte Anlage-Verschiebungen geben kann.*“ Die Verstetigung des Geldumlaufs durch die Gebühr und begleitende Anpassungen im Zahlungsverkehr sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, die Geldmenge und die Stabilität der Währung in den Griff zu bekommen, die mit den problematischen weltweiten Vermögensverschiebungen völlig aus dem Ruder gelaufen ist.

**Geldvermögen, BIP und Nettolöhne in D 1950 bis 2010** - Entwicklung in nominellen Größen und im Vergleich mit den Bankzinsserträgen - alle Werte in Mrd. Euro



Wie diese Reform sich für die einfachen Bürger auswirken würde, zeigt anschaulich das Wörgl-Experiment. Sinnvolle Arbeit würde wieder finanzierbar und würde vor allem auch gerechter bezahlt werden, statt immer mehr nur für den Kapitaldienst abgeleistet zu werden. Damit würde endlich die Entwicklung der letzten Jahrzehnte umgekehrt, nach der die Kapitaleinkünfte die Nettolöhne längst übersteigen und sich die arbeitende Bevölkerung nur noch einen geringen Teil des von ihr erarbeiteten Bruttoinlandsprodukts überhaupt noch selber leisten kann.

**Zur Autorin**  
Beate Bockting

Geb. 1969, Redakteurin von FAIRCONOMY, der Mitgliederzeitschrift der größten freiwirtschaftlichen Organisation Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. (INWO) – [www.INWO.de](http://www.INWO.de).